

# VEREINIGUNG DER VERWALTUNGSRICHTER RHEINLAND - PFALZ

– VVR –

## RUNDSCHREIBEN

---

Rdschr. Nr. 1/07 vom 28.03.07

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder,

nachdem das erste Quartal des Jahres 2007 schon beinahe verstrichen ist, möchte ich Sie wieder über aktuelle und künftige Aktivitäten der Vereinigung informieren.

1. Zunächst gebe ich Ihnen den Termin für die nächste ordentliche Mitgliederversammlung bekannt:

**Die Mitgliederversammlung 2007 der VVR findet am  
Mittwoch, dem 31. Oktober 2007, in Trier statt.**

Ich bitte alle, sich diesen Termin vorzumerken und nach Möglichkeit freizuhalten. Das Kommen lohnt sich diesmal besonders, da wir mit dem **Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Herrn Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier**, einen prominenten Gastreferenten gewinnen konnten. Er wird voraussichtlich über das Thema „Staatliche Justizgewährleistung“ zu uns sprechen. Für die Vermittlung des Kontakts zu Prof. Dr. Papier gilt mein besonderer Dank unserem Vorstandsmitglied RVG Dr. Christoph Klages und unserem Mitglied RinVG Dr. Christina Rüth. Über den genauen Tagungsort und das weitere Programm werden wir Sie zu gegebener Zeit gesondert informieren.

2. Die VVR hat sich mit drei im wesentlichen gleich lautenden Schreiben zur **Zukunft der rheinland-pfälzischen Verwaltungsgerichtsbarkeit** an die Vorsitzenden der drei Landtagsfraktionen gewandt und die Fraktionen um Unterstützung unserer Hauptanliegen **Zusammenlegung der Verwaltungs- und Sozialgerichte, Bildung einer einheitlichen öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeit und Beibehaltung des Spruchkörperprinzips** gebeten; darüber hinaus haben wir uns – auch aus Anlass des Berichts des Landesrechnungshofes 2006 – für den **Fortbestand der vier Standorte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Rheinland-Pfalz** eingesetzt. Ich gebe Ihnen einen Text dieser Schreiben – in dem die Varianten für die jeweiligen

Faktionen kenntlich gemacht sind – als **Anlage 1** zu diesem Rundschreiben zur Kenntnis. Als Reaktion auf diese Schreiben haben der Arbeitskreis Recht der SPD-Landtagsfraktion sowie die FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Lejeune den VVR-Vorstand zu Gesprächen eingeladen, die voraussichtlich im Juni 2007 in Mainz stattfinden werden.

3. Die Landesregierung hat im Dezember 2006 den **Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes** (LT-Drucksache 15/608) in den Landtag eingebracht, der – neben einer Neuregelung der Altersteilzeit für Beamte, deren Geltung für Richterinnen und Richter bisher nicht vorgesehen ist – eine **Absenkung der Eingangsbesoldung** für ab dem 1. Juli 2007 neu einzustellende Beamtinnen und Beamte des gehobenen und höheren Dienstes in den ersten drei Jahren vorsieht; diese Gehaltsabsenkung soll auch für neu einzustellende Richterinnen und Richter gelten und bei diesen zu einer Ermäßigung der Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppe R 1 um 10 % führen. Soweit ersichtlich plant derzeit kein anderes Bundesland einen derartigen Einschnitt, so dass Rheinland-Pfalz hier eine unrühmliche Vorreiterrolle spielen wird. Gleichzeitig sollen nicht unerhebliche finanzielle Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit geschaffen werden. Ebenso wie der Deutsche Richterbund – Landesverband Rheinland-Pfalz – spricht sich auch die VVR entschieden gegen die vorgesehene Absenkung der Eingangsbesoldung aus. Die VVR hat ihren Standpunkt in einem **Schreiben an den Finanzminister**, das gleichzeitig auch den Vorsitzenden der drei Landtagsfraktionen zur Kenntnis gegeben wurde, deutlich gemacht und die gemeinsame Auffassung von DRB und VVR mit zusätzlichen Argumenten untermauert. Ein Abdruck des Schreibens ist als **Anlage 2** beigelegt. Nach jüngsten Informationen sollen jetzt bei der Regelung eines „Korridors“ für Ausnahmen von der Besoldungsabsenkung noch „Korrekturen“ vorgenommen werden und die Besoldungsabsenkung soll erst zum 1. Januar 2008 in Kraft treten.

4. Am 22. März 2007 habe ich als Gast an der **Landesvertreterversammlung 2007 des Landesverbandes Rheinland-Pfalz des Deutschen Richterbundes** in Zweibrücken teilgenommen. In ihrer Eröffnungsrede hat die Landesvorsitzende Frau DirAG Müller-Rospert den Landesgesetzgeber aufgefordert, die Richterinnen und Richter bei einer künftigen Landesregelung der Besoldung gegenüber der Einkommensentwicklung in Berufen außerhalb des öffentlichen Dienstes mit vergleichbarer Qualifikation nicht weiter zurückfallen zu lassen, sondern für eine angemessene Besoldungsanpassung Sorge zu tragen; zugleich wandte sie sich erneut nachdrücklich gegen die geplante Absenkung der Eingangsbesoldung. In seinem Festvortrag betonte Herr Justizminister Dr. Bamberger die Notwendigkeit einer weiteren Modernisierung der Justiz und hob in diesem Zusammenhang die Aktivitäten u. a.

der Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Qualitätsoffensive lobend hervor. Zur Frage der Zusammenführung von Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit, der das Land weiterhin positiv gegenüberstehe, musste er leider berichten, dass eine Realisierung in dieser Legislaturperiode wegen anhaltender Widerstände auf Bundesebene nicht zu erwarten sei. Auch das Projekt einer Vereinheitlichung der Gerichtsverfassungen und Prozessordnungen komme derzeit auf Bundesebene nicht voran. Dr. Bamberger möchte im Übrigen die konsensuale Streitbeilegung im Rahmen einer gerichtsweg-internen Mediation in allen Gerichtsbarkeiten in Rheinland-Pfalz voranbringen.

**5. Am 31. März 2007** läuft die Anmeldefrist für den **15. Deutschen Verwaltungsrichtertag vom 9. bis 11. Mai 2007 in Weimar** ab. Die Programmhefte wurden im Laufe des Februar 2007 ausgeteilt bzw. versandt. Ich hoffe, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen für eine Teilnahme an diesem großen „Familientreffen der Verwaltungsrichterschaft“ entschieden haben oder in der verbleibenden Zeit noch entscheiden werden und dass wir in großer Zahl auch bei dem schon traditionellen gemeinsamen Landestreffen mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Saarland zusammenkommen werden. Das **Landestreffen** wird am Mittwoch, dem 9. Mai 2007, ab 20:00 Uhr in einem Weimarer Lokal stattfinden; der genaue Ort wird erst in den Tagungsunterlagen bekannt gegeben werden. Da viele von uns sicher vorher beim Empfang der Landesregierung sein werden, kann ich anbieten, anschließend gemeinsam von dort zu dem dann bekannten Ort des Landestreffens zu gehen.

Einstweilen wünsche ich allen Mitgliedern schöne Osterfeiertage und eine gute Zeit spätestens bis zum Wiedersehen in Weimar.

Mit freundlichen Grüßen  
für den Vorstand

(Hartmut Müller-Rentschler)